



Richtlinien für Familien und Sexualerziehung in Bayern:

Spaenle setzt Richtlinien mit gravierenden Änderungen in Kraft

Der Kultusminister hat gestern, am 15.12.2016, die Richtlinien für Familien- und Sexualerziehung unterzeichnet. Das hört sich zunächst gut an. Jedoch wurden zur ursprünglich im März 2016 vorgestellten Fassung einige gravierende Veränderungen vorgenommen. Die vom Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfachheit - München vorgebrachten Forderungen wurden dabei komplett missachtet. Das Bündnis erhielt zu den schriftlich eingebrachten Forderungen nicht einmal eine Antwort aus dem Kultusministerium, obwohl Kultusminister Spaenle vom Aktionsbündnis im persönlichen Gespräch das Einbringen eines Forderungspapiers wünschte. Auch die vom Bündnis gesammelten fast 1000 Unterschriften werden vom Kultusminister ignoriert. Einigen Forderungen der sogenannten "Demo für Alle" gab er hingegen nun wie vermutet nach. Das CSU-geführte Kultusministerium lässt sich damit von einer queerfeindlichen Gruppierung treiben, die der AfD nahe steht und deren Anführerin Hedwig Beverfoerde vor einigen Tagen aus der CDU ausgetreten ist - weil sie ihr nicht rechts genug steht.

Laut einem Anschreiben von Kultusminister Spaenle an den Vorsitzenden des Bildungsausschusses im bayerischen Landtag wurden in einigen Punkten Änderungen an den Richtlinien vorgenommen, zu welchen das Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfachheit Stellung nimmt:

- *Kapitel 1.1 „Rechtliche Grundlagen“ wurde wie folgt ergänzt: „Basis dieser grundlegenden Rechtsnormen ist ein Menschenbild, das maßgeblich durch das Christentum und die Aufklärung geprägt ist.“*

Inwiefern "Rechtsnormen" in einem demokratischen Rechtsstaat im Sinne einer christlichen Deutungshoheit geprägt sein können, ist äußerst fraglich - insbesondere angesichts des im Grundgesetz verankerten Grundrechtes der Religionsfreiheit. In Bayern leben Christ*innen neben vielen Menschen mit anderen Religionen oder ohne Religion.

- *In Kapitel 2.3 wurden folgende Sätze ergänzt und neu gefasst: „In höheren Jahrgangsstufen werden vor dem Hintergrund der verfassungsmäßigen Bedeutung von Ehe und Familie unterschiedliche Lebensformen und sexuelle Orientierungen (Hetero-, Homo-, Bisexualität) vorurteilsfrei von der Lehrkraft angesprochen.“ Schülerinnen und Schüler „achten die eigene sexuelle Orientierung und die sexuelle Orientierung anderer (Hetero-, Homo-, Bisexualität); achten und wissen um Trans- und Intersexualität“*

Einerseits zementiert die CSU weiterhin das Eheverbot für queere Menschen in ihrem Grundsatzprogramm "Die Ordnung" und lehnte erst kürzlich einen Antrag der Grünen im bayerischen Landtag ab, die Eheöffnung endlich zu unterstützen. Vor dem Hintergrund der bewussten Aufrechterhaltung von Ungleichheit stellt sich die Frage, wie eine "vorurteilsfreie" Darstellung von Homo- und Bisexualität sichergestellt sein soll. Sehr bedenklich ist die Darstellung von Homo- und Bisexualität als sexuelle Orientierung und das Ausklammern der Trans- und Intersexualität als Teil der Vielfalt unterschiedlicher sexueller Identitäten. Hier findet eine weitere verbale Ausgrenzung statt. Untermauert wird dies dadurch, dass die eigene sexuelle Orientierung und die sexuelle Orientierung anderer geachtet werden sollte, aber bei Trans- und Intersexualität fehlt das Wort "eigene". Hier werden junge trans- und intersexuelle Menschen ausgegrenzt.

- *Das Kapitel 3.3 „Aufgaben der Lehrkräfte“ wurde im Zusammenhang mit der Einbeziehung außerschulischer Expert(inn)en ergänzt um einen Hinweis auf die Aufsichtspflicht der Lehrkräfte: „vgl. § 5 „Aufsichtspflicht“ der Dienstordnung für Lehrkräfte an staatlichen Schulen in Bayern“*

Mit dem Hinweis auf § 5 "Aufsichtspflicht" der Dienstordnung entsteht unnötige Unsicherheit. Denn klar ist: Aufklärungsunterricht und Unterricht der Sexualerziehung gelingt nur in einem wertfreien Raum, in welchem auch Ängste oder Vorurteile besprochen werden können. Schüler*innen können sich dort auch negativ äußern, ohne Angst vor zukünftigen Ressentiments vonseiten der Schule haben zu müssen. Er ist Voraussetzung dafür, dass Toleranzerziehung mit Jugendlichen gelingen kann. Nur unter diesen Rahmenbedingungen bleibt diese pädagogische Methode erfolgreich. Die Anwesenheit notgebender Lehrkräfte wäre kontraproduktiv.

- *In Kapitel 2.5 „Stärkung der sozialen und personalen Kompetenzen“ wurde das Wort „Akzeptanz“ ersetzt durch „Respekt“: Schülerinnen und Schüler „zeigen Toleranz und Respekt gegenüber Menschen, ungeachtet ihrer sexuellen Identität“.*

Das Kultusministerium folgt damit der Sichtweise der "Demo für Alle", die den Begriff Akzeptanz als Kampfbegriff nutzen. Denn deren Akteur*innen unterstellen, dass der Begriff "Akzeptanz" von ihnen verlange, dass sie ihre eigene sexuelle Orientierung infrage stellen müssten. In der Praxis bedeutet dies, dass Lehrkräfte wider besseres Wissen und Pädagogik LGBTI*-Kindern und -Jugendlichen nun künftig sagen müssen, dass sie diese zwar respektieren, aber nicht akzeptieren. Damit wird Mobbing und Herabsetzung queerer Jugendlicher Tür und Tor geöffnet. Das Kultusministerium will vom Schutz von Jugendlichen durch Bullying nichts verstehen. Kinder und Jugendliche werden damit weiterhin allein gelassen.

Der erste, für bayerische Verhältnisse "progressive" eigene Entwurf wurde damit nun ausgerechnet durch den Kultusminister um Jahre zurückgeworfen. Das Hauptaugenmerk liegt nun wieder auf der Betonung von Unterschieden zwischen Heteroidentiät und queerer Identität. Und letztere muss jede*r zwar respektieren, aber eben nicht akzeptieren. Der bisherige Entwurf wäre ohnehin nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung gewesen, denn beispielsweise wurden homosexuelle Paare als Eltern gar nicht thematisiert. Aber nun wird auch dieser Kompromiss durch den Kultusminister unter einseitiger Einbeziehung erzkonservativer Kräfte und ohne weitere Abstimmung mit den dafür zuständigen parlamentarischen Gremien, den Lehrer*innenverbänden, den pädagogischen Fachkräften für Sexualerziehung und den Aufklärungsprojekten eigenmächtig in Kraft gesetzt.

Das Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfalt - München wird sich aber dadurch nicht beirren lassen. Jetzt ist es wichtig, gemeinsam mit Eltern, Lehrer*innen, Gewerkschaften und Verbänden und Aufklärungsprojekten für eine zeitgemäße Familien- und Sexualerziehung zu kämpfen - damit die Schule endlich ein Ort der Akzeptanz wird.

Schreiben des Kultusministers:

<http://buendnisvielfaltstatteinfalt.de/wp-content/uploads/2015/05/Schreiben-MdL-Güll-Richtlinien-für-die-Familien-und-Sexualerziehung.pdf>

Neue Richtlinien:

<http://buendnisvielfaltstatteinfalt.de/wp-content/uploads/2015/05/Text-der-Richtlinien-für-die-Familien-und-Sexualerziehung-vom-15.12.201....pdf>

Richtlinienentwurf von März 2016:

http://buendnisvielfaltstatteinfalt.de/wp-content/uploads/2015/05/ENTWURF_Richtlinien_Sexualerziehung.pdf

Forderungen des Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfalt - München vom 11.12.2016:

<http://buendnisvielfaltstatteinfalt.de/wp-content/uploads/2015/05/2016-12-11-Aktionsb%C3%BCndnis-Vielfalt-statt-Einfalt-Forderungspapier.pdf>

Zum Hintergrund: Die neuen Richtlinien für Familien- und Sexualerziehung hätten bereits im März nach der Vorstellung im Bildungsausschuss des Landtags zur Grundlage des Schulunterrichts werden müssen. Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle hat jedoch im September Gegner*innen einer Schulaufklärung über Homo-, Trans-, Bi- und Intersexualität in seinem Ministerium empfangen und in einem "Arbeitsgespräch" ein Forderungspapier entgegengenommen. Das Kultusministerium hält die Richtlinien trotz durchlaufener parlamentarischer Prozesse und nach dem Treffen mit Akteur*innen der sogenannten „Demo für Alle“ weiter zurück. Das Aktionsbündnis „Vielfalt statt Einfach - München“ führte daraufhin eine Unterschriftenaktion mit der Forderung durch, die Richtlinien in der bereits verabschiedeten Fassung in Kraft zu setzen und den Forderungen der homo- und transsexuellenfeindlichen Gruppierung nicht nachzugeben.

Forderungspapier der "Demo Für alle": <https://demofueralle.files.wordpress.com/2016/09/forderungspapier-an-kultusminister-dr-spaenle1.pdf>

Offener Brief des Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfach - München:

Der Brief wurde am 6.12. mit fast 900 Unterschriften dem Kultusminister überreicht.

Er wird auf www.buendnisvielfaltstatteinfalt.de/muenchen bis auf weiteres noch mit neuen Unterzeichnungen aktualisiert.

Über das „Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfach – München“: Das „Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfach – München“ wurde im März 2015 gegründet. Die Initiative ist überparteilich und vereint Vertreter*innen aus Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen, pädagogisch Tätigen und queerpolitisch sowie queerfeministisch Engagierten sowie Einzelpersonen unter einem Dach. Anlass der Gründung war die Ankündigung einer Kundgebung der sogenannten „besorgten Eltern“ in München. Das Münchner Bündnis stellt sich gegen jegliche Form der Verunglimpfungen und diskriminierenden Parolen. Das Aktionsbündnis setzt sich für Vielfalt, Sichtbarkeit und Akzeptanz homo-, bisexueller, trans* und intersexueller Menschen und aller Lebensweisen jenseits der traditionellen Vorstellung von Vater-Mutter-Kind in Bildung und Gesellschaft ein. Das Bündnis fordert eine uneingeschränkte, gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an unserer Gesellschaft – auch in Bayern. Das „Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfach – München“ ist eine Regionalgruppe neben anderen in Augsburg, Berlin, Hamburg, Hannover, Kassel, Trier und Köln.

Aktionsbündnis Vielfalt statt Einfach – München
c/o sub e. V., Müllerstraße 14, 80469 München

Homepage: www.buendnisvielfaltstatteinfalt.de/muenchen

Facebook: www.facebook.com/buendnisvielfaltstatteinfalt

Pressekontakt: info@vielfalt-in-muenchen.de